

Medienmitteilung

Bern, 11. April 2016

Breite Allianz gegen die irreführende und schädliche Volksinitiative «Pro Service public»

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) und der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) haben heute in Bern zusammen mit Vertretern des Schweizerischen Städteverbandes, des Personalverbandes transfair, des Konsumentenforums sowie von Economiesuisse die Kampagne gegen die Volksinitiative «Pro Service public» lanciert. Die Vorlage, die am 5. Juni zur Abstimmung gelangt, setzt das bewährte System der Grundversorgung aufs Spiel. Sie ist irreführend, schadet der Grundversorgung in allen Landesteilen und würde die Steuerzahler Milliarden kosten.

«Die Schweiz verfügt im internationalen Vergleich über eine ausgezeichnete Grundversorgung», sagte Isidor Baumann, Ständerat (CVP/UR) und Präsident der SAB, an der Medienorientierung in Bern. Kein anderes Land in Europa habe ein so dichtes Netz an Zugangspunkten zu den Postdienstleistungen und einen derart gut ausgebauten öffentlichen Regionalverkehr. Und die Schweiz habe als eines der wenigen Länder in Europa eine Verpflichtung, dass jeder Haushalt und jede Unternehmung im ganzen Land mit Breitbanddiensten erschlossen sein muss. Baumann: «Es darf auf keinen Fall sein, dass unser bewährtes System der Grundversorgung durch diese irreführende Initiative zerstört wird.» Die Initiative findet auch in Bundesbern keinen Anklang. Bundesrat und Parlament empfehlen sie deutlich zur Ablehnung. Keine einzige Parlamentarierin, kein einziger Parlamentarier stimmte im National- und Ständerat dafür.

Gemeinden und Städte würden geschwächt

Die Initiative will den unternehmerischen Spielraum von Post, Swisscom und SBB abschaffen. Damit würde der Service public massiv geschwächt. «Ohne Gewinne könnten die betroffenen Unternehmen wichtige Investitionen in bestehende, aber auch zukunftsgerichtete Infrastrukturen und Dienstleistungsangebote nicht mehr aus eigener Kraft tätigen», sagte Hannes Germann, Ständerat (SVP/SH) und Präsident des SGV. Dies und die Tatsache, dass der Staatskasse jährlich über eine Milliarde Franken an Dividenden und Gewinnsteuern entzogen würden, würde zu einem Loch in Bundes-, Kantons- und Gemeindekassen führen. «Die Auferlegung eines Querfinanzierungs- und Gewinnverbots führt zu einer Schwächung der Grundversorgung und damit zu einer Schwächung der Gemeinden», fasste Germann zusammen.

Betroffen wäre ebenfalls die urbane Schweiz. «Städte sind als wirtschaftliche Zentren unseres Landes und als Zentren der Innovation auf gute Dienstleistungen angewiesen. Nur mit einem qualitativ hochstehenden Dienstleistungsangebot auch beim Service public können sie ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Funktionen wie heute im Interesse des ganzen Landes wahrnehmen und auch im internationalen Wettbewerb bestehen», betonte Kurt Fluri, Nationalrat (FDP/SO) und Präsident des Schweizerischen Städteverbandes. Er wies zudem auf die Solidarität als Grundprinzip des Service public in der Schweiz hin. «Ohne Querfinanzierung werden Staatsaufgaben in Frage gestellt oder geschwächt und einzelne Regionen benachteiligt, und Arbeitsplätze gehen verloren.»

Es droht ein Abbau von Arbeitsplätzen

Die Initiative gefährdet nicht nur die Schweizer Grundversorgung. Sie ist gleichermassen gefährlich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Service public. Die Post, die Swisscom und die SBB sind wichtige Arbeitgeber in der ganzen Schweiz. «Dürfen diese Unternehmen keine Gewinne mehr machen, wird es ein Ding der Unmöglichkeit, die guten Arbeitsbedingungen von heute zu verteidigen», sagte Stefan Müller-Altermatt, Nationalrat (CVP/SO) und Präsident des Personalverbandes transfair. Langfristig drohe ein Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen. Die entstehenden Lohnobergrenzen würden überdies die Unternehmen im Wettbewerb um qualifiziertes Personal enorm schwächen. «Die Rekrutierung von Spezialisten beispielsweise würde stark erschwert», sagte Müller-Altermatt.

Konsumenten sind mit Service-public-Dienstleistungen grösstenteils sehr zufrieden

Die Publikationen des Initiativ-Komitees sollen belegen, dass die Konsumentinnen und Konsumenten mit dem Schweizer Service public unzufrieden sind. Doch das Gegenteil ist der Fall. «Aus den jährlich von unabhängigen Stellen durchgeführten Analysen über die Kundenzufriedenheit von Post, SBB und Swisscom geht klar hervor, dass die Konsumentinnen und Konsumenten mit den Leistungen grösstenteils sehr zufrieden sind», sagte Babette Sigg, Präsidentin des Schweizerischen Konsumentenforums. Die Qualität und das Preis-Leistungs-Verhältnis der Schweizer Grundversorgung seien im internationalen Vergleich auf sehr hohem Niveau. Sigg zog einige Beispiele heran. 97,8 Prozent der A-Post-Briefe und 98,9 Prozent der B-Post-Briefe seien im Jahr 2015 pünktlich beim Adressaten eingetroffen. Gemessen an den geleisteten Zug- und Buskilometern habe das Angebot des SBB Personenverkehrs von 1994 bis 2014 um fast 60 Prozent zugenommen. Sigg: «Die SBB bleibt die pünktlichste Bahn Europas, notabene auf dem weltweit am intensivsten genutzten Netz. Die Preisentwicklung im öffentlichen Verkehr war in den letzten paar Jahren moderat, im europäischen Vergleich sogar unterdurchschnittlich.»

Gemäss Cristina Gaggini, Direktorin für die französischsprachige Schweiz beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, «bedroht die Initiative die Pfeiler unseres Wohlstands». Ohne Gewinne gebe es keine Innovation und keine Investition in die Zukunft. «Die Initiative führt nicht zu einer Verbesserung der Grundversorgung, sondern dreht das Rad der Zeit zurück.»

Initiative gefährdet das bewährte System der Grundversorgung

Die Volksinitiative enthält keine konstruktiven Lösungsansätze zur Verbesserung der Grundversorgung. Zudem widersprechen sich die Initianten laufend selber. Die Initianten behaupten, die Initiative verbiete Gewinne innerhalb des Unternehmens nicht. Der Initiativtext hält demgegenüber unmissverständlich fest, dass die Unternehmen mit Grundversorgungsauftrag nicht nach Gewinn streben dürfen und keine Querfinanzierungen vornehmen dürfen. Wie viel Gewinn darf denn noch erwirtschaftet werden, wenn nicht danach gestrebt werden darf? Wer keinen Gewinn anstrebt, wird schliesslich auch keinen Gewinn erzielen. Dies zeigt: Die Initianten verstricken sich bei ihrer Argumentation in Widersprüche und interpretieren den Text anders als der Bundesrat und das einstimmige Parlament. Sollte die Initiative in der Volksabstimmung angenommen werden, drohen jahrelange Diskussionen über die Interpretation des Initiativtextes. Dadurch würden Unsicherheiten geschaffen, die für eine starke und flächendeckende Grundversorgung nicht förderlich wären.

Breite Ablehnung der Initiative

Aus all diesen Gründen wird die schädliche Volksinitiative auf breiter Front abgelehnt. Das Verbände-komitee wird angeführt von der SAB und dem Schweizerischen Gemeindeverband. Der breit abgestützten Allianz gehören ausserdem an: die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz VDK, die Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs KöV, die Regierungskonferenz der Gebirgskantone RKGK, die Hauptstadtregion Bern, Economiesuisse, der Schweizerische Bauernverband SBV, der Schweizer Tourismus-Verband STV, das Konsumentenforum kf, die asut, die Litra, der VöV und ProBahn sowie Travail.Suisse, transfair und der Schweizerische Städteverband. Alle staatspolitischen Ebenen, alle Parteien, Branchenorganisationen, die Wirtschaft und Gewerkschaften bekämpfen somit gemeinsam diese Initiative.

Kontakt:

Isidor Baumann, Ständerat, Präsident SAB, Tel. 079 388 39 33

Hannes Germann, Ständerat, Präsident SGV, Tel. 079 401 00 01